

Reisst Merz die Schweiz in seinen Schuldensumpf?

Der kommende deutsche Kanzler ist eine schlechte Nachricht für unser Land. Der Druck auf Bern nimmt bereits zu.

Philipp Gut

Wie weit wollen wir das eigentlich noch treiben mit unserer Verschuldung?

Unsere Kinder müssen das irgendwann mal zurückzahlen.

Friedrich Merz im Wahlkampf, 9. Februar 2025

Deutschland, Schuldenland. Es sind astronomische Zahlen, mit denen Friedrich Merz jongliert: Die Bundesrepublik soll sich für Hunderte Milliarden Euro zusätzlich verschulden – ausserhalb des ordentlichen Haushalts, mittels eines sogenannten Sondervermögens für Verteidigung und Infrastruktur und möglicherweise noch für allerlei mehr. Die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse, Garant für ein Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen, soll aus der Angel gehoben werden. Damit bricht Merz nicht nur eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen, er tritt, noch bevor er überhaupt im Amt ist, eine Lawine mit unabsehbaren Folgen los. Reisst er auch die Schweiz mit?

Die neue deutsche Disziplinlosigkeit ist umso bemerkenswerter, als gleichzeitig auch die Europäische Union ein 800-Milliarden-Paket für die Verteidigung lockermachen will. Es soll – mit einem ähnlichen Taschenspielertrick, wie ihn Berlin anwendet – aus dem Haushalt «herausgerechnet» werden. Dabei war die Bundesrepublik stets der Stabilitätsanker der EU.

Autoritäre Verhärtung

Mit einer Neuverschuldung von rund einer Billion Euro würde die deutsche Staatsquote von heute 62,7 Prozent um «mindestens 20 Prozentpunkte» steigen, wie der ehemalige Wirtschaftsweisen Professor Volker Wieland der *Bild* sagte. Andere rechnen gar mit einem Anstieg auf über 90 Prozent. Das würde also heissen, dass die Schulden des deutschen Staates fast so hoch wären wie die jährliche Wirtschaftsleistung.

Zum Vergleich: In der Schweiz beträgt die Bruttoverschuldung 27 Prozent. Die Nettoverschuldung, die auch Staatsvermögen berücksichtigt, ist nochmals knapp 10 Prozentpunkte tiefer. Dennoch bleibt die Eidgenossenschaft



Neue deutsche Disziplinlosigkeit: Parteichefs Merz, Klingbeil, Söder, Esken (v. l.).

nicht unberührt von den Entwicklungen im Norden. Der deutsche Botschafter Michael Flügger oder CDU-Politiker Roderich Kiesewetter erhöhen bereits den Druck: Die Beschimpfungen und Belehrungen reichen von «altmodisch neut-

Schaltegger warnt davor, Schulden «für alles und jedes» zu machen, wie es Merz tue.

ralistisch» über «eindeutig ein Witz» (Kiesewetter über die Höhe der Schweizer Verteidigungsausgaben) bis zur Befehlsausgabe aus Berlin, Neutralität sei «keine Option, wenn es um die Verteidigung unserer Freiheit geht».

Da ist sie wieder, jene autoritäre Verhärtung und arrogante deutsche Breitarschigkeit, die wahlweise mit der Kavallerie droht oder gegen bewährte Schweizer Staatssäulen wie die Neutralität oder die direkte Demokratie pöbelt. Die Ausnahmezustandsrhetorik, die plötzlich

ausgebrochene Bedrohungshysterie, die wiedererwachte «Alternativlosigkeit» werfen ihre Schatten auf die Schweiz. Der Nationalrat hat, angeführt vom extrem linken Fabian Molina, bereits anbietend gespurt und den Bundesrat aufgefordert, sich der «europäischen Sicherheitsarchitektur» anzuschliessen. Koste es, was wolle.

Er könne zwar noch «halbwegs nachvollziehen», dass Deutschland die Verteidigungsausgaben angesichts der internationalen Entwicklungen erhöhe, sagt Professor Hans-Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut auf Anfrage der *Weltwoche*. Weniger Verständnis hat er für das Manöver, noch mit dem alten Bundestag eine Mehrheit für das Verschuldungsprogramm der neuen Regierung zu finden. Man hätte auch im neuen Bundestag mit einfachem Mehr im Rahmen einer Notlage ein Sondervermögen beschliessen können, allerdings nur temporär. Innerhalb dieser befristeten Zeit hätte man dann eine «solide Dauerfinanzierung» sicherstellen können.

Den Kompromiss der Koalitionäre hält Sinn auch aus ökonomischer Sicht für gefährlich: Wenn man schon eine solche «Überdehnung» des Haushalts für die Aufrüstung anstrebe, dürfe man sich nicht gleichzeitig noch für alle möglichen anderen Projekte verschulden. Sinn vermutet, dass es dabei nur «nominal» um die Infrastruktur gehe. In Wahrheit würden damit am Ende wohl Sozialleistungen nach dem Gusto der SPD finanziert.

«Mit Merz kehrt der Schlendrian ein»

«Der Druck auf die Schuldenbremse wird auch bei uns zunehmen», sagt Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik, zu möglichen Auswirkungen der deutschen Schleusenöffnung auf die Schweiz. Sie könne sich zwar mehr Schulden leisten als höher verschuldete Länder. Aber sollte sie das auch tun? «Nein», sagt Schaltegger und verweist auf ein interessantes Faktum: Trotz Schuldenbremse wuchsen die Staatsausgaben der Eidgenossenschaft im Jahr 2024 mit 4 Prozent fast doppelt so stark wie die Wirtschaft (nominell 2,3 Prozent). Als Mitglied der Expertengruppe, die dem Bundesrat Budgetverbesserungen vorschlug, wundert sich Schaltegger über das verbreitete Gefühl, «der Weltuntergang breche aus, wenn sich das Ausgabenwachstum im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegt». Sparen, kaputtsparen gar, knallharte Austerität? Fehlanzeige.

Auf welcher abschüssiger Bahn sich auch die Schweiz schon befindet, illustrierte etwa die Tatsache, dass in gewissen Kantonen bereits 40 Prozent der Bevölkerung Prämienverbilligungen erhalten. Auch wird mancherorts die familienexterne Kinderbetreuung bis in die höchsten Einkommensklassen subventioniert. Ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode.

Schaltegger warnt davor, solch unnötigen Luxus zu finanzieren und Schulden «für alles und jedes» zu machen. Genau dies aber tue Friedrich Merz: Mit seiner fröhlichen Schuldenwirtschaft kehre der Schlendrian in Deutschland ein. Die gesamte Eurozone verliere so an Bonität. Die jetzt schon «anämisch wachsende» Wirtschaft werde langfristig noch weniger stark zulegen.

Die Kapitalmärkte, unbestechliche «Wachhunde» (Sinn), haben bereits reagiert. Die Ausfallwahrscheinlichkeit für zehnjährige deutsche Staatsanleihen wird deutlich höher bewertet. «Die Schuldendisziplin war noch nie so gering wie heute», bilanziert Sinn, der schon 2021 in seinem Buch «Die wundersame Geldvermehrung» auf das Gefahrenpotenzial von Staatsverschuldung, Negativzinsen und Inflation hingewiesen hatte. Die Schuldenquote wichtiger Euroländer habe sich zwischen 2008 und 2021 verdoppelt. Im gleichen Zeitraum habe sich die Geldmenge versiebenfacht, und die Zinsen seien in den Keller gerauscht – mit

der Gefahr einer Inflation und der Entwertung der Vermögen.

Ironie der Geschichte: Sinns Mahnung zur Rückkehr auf den «Pfad einer soliden Geldpolitik» wurde ausgerechnet auch von prominenten Vertretern jener Parteien geteilt, die nun als quasi erste Amtshandlung *avant la lettre* jene Schuldenlawine verursachen wollen. Sinn lege «überzeugend dar, dass die enormen Risiken für die Preisstabilität mittel- und langfristig auch den Zusammenhalt Europas gefährden», meinte der ehemalige CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Das Buch sei «Pflichtlektüre für alle politisch Verantwortlichen». Dasselbe liess der vormalige SPD-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück verlauten («Pflichtlektüre für Politiker»). Offensichtlich sind Merz, Söder, Klingbeil & Co. dieser Pflicht nicht nachgekommen.

Weidel: «Klar verfassungswidrig»

Klartext spricht auch Oppositionsführerin Alice Weidel: «Die monströsen Schuldenpläne von Schwarz/Rot sind eine volkswirtschaftliche Katastrophe», sagt die Volkswirtin gegenüber der *Weltwoche*. Ein rein durch Staatsausgaben angekurbeltes Wirtschaftswachstum sei nicht nachhaltig und werde schon durch den gleich-

Die merzsche 180-Grad-Wende wird aus Deutschland ein Hochschuldenland machen.

zeitig hervorgerufenen Anstieg der Inflation nach kurzer Zeit konterkariert werden. Düstere Prognosen macht sie der Eurozone: Deutschland sei der letzte grosse Stabilitätsgarant für den Euro. «Wenn auch dieser nun wegen Überschuldung wegbreicht, geht der Euroraum rasant einer schmerzhaften, unkontrollierten Auflösung entgegen.» Weitere Wohlstandsvernichtung und letztlich die Verarmung breiter Schichten würden die Folge sein.

Weidel kündigt Widerstand an: Die AfD-Fraktion werde «mit allen parlamentarischen und insbesondere auch juristisch zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diesen rücksichtslosen und undemokratischen Angriff auf unser Land vorgehen». Merz' Plan sei «klar verfassungswidrig», man klage deshalb beim Bundesverfassungsgericht. Die Wähler von CDU und CSU müssten jetzt erkennen, dass sie in der Person von Friedrich Merz «einem skrupellosen Betrüger aufgesessen» seien. Auch wenn man es etwas weniger hart ausdrückt: Die merzsche 180-Grad-Wende bei der Schuldenbremse und sein Kreditermächtigungsgesetz werden aus Deutschland ein Hochschuldenland machen. Das sind keine guten Nachrichten, auch nicht für Europa, auch nicht für die Schweiz.

Kniefall vor Xi

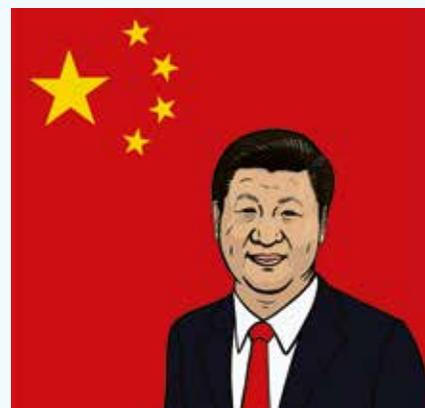
Seit Donald Trumps Amtsantritt schweigt China zum Thema Ukraine-Krieg. Schwer zu glauben, dass sich das Reich der Mitte früher oder später zur Schlüsselfigur in diesem Konflikt mausern wird. Das hat einen einfachen Grund: Laut Hochrechnungen soll die Ukraine das europäische Land mit dem drittgrössten Vorkommen von seltenen Erden sein.

500 000 Tonnen Lithium dürften im gegenwärtigen Kriegsgebiet liegen. Das wird für die Herstellung von Batterien, Bildschirmen, Smartphones und anderen Alltagsgegenständen benötigt. Auch Elektroautos fahren nicht ohne. Nun kommt eben China ins Spiel, das nicht nur die Nation mit den grössten Reserven an seltenen Metallen ist – es dominiert auch die entsprechenden Produktionslisten.

Etwas zu besitzen ist das eine, damit umzugehen das andere. Kein anderes Land hat in seiner Vergangenheit so viel in den Abbau von seltenen Erden investiert wie China. Unter Xi haben die Chinesen technische Gerätschaften entwickelt, Erfahrung und menschliches Know-how gesammelt. Unter dieser Prämisse kann das im Dezember gegenüber den USA verhängte Embargo für Gallium, Germanium, Antimon und Wolfram seitens des chinesischen Handelsministeriums nur als Warnzeichen verstanden werden.

Was auf den ersten Blick als einfache Vergeltungsmassnahme gegenüber den Drohgebärden Trumps erscheint, offenbart sich als Totschlag-Geste im internationalen Tech-Krieg. Die Monopolstellung Chinas ist augenscheinlich. Mit anderen Worten: Wer auch immer sich das Gebiet um Kiew unter den Nagel reissen wird – ein Kniefall vor den Chinesen ist absehbar.

Rahel Senn



Totschlag-Geste im Tech-Krieg: Xi.